

haft friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben der Völker unseres Kontinents dar. Ihre Anerkennung und Verwirklichung würde einem System von Verpflichtungen den Weg ebnen das jede Anwendung oder Androhung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten in Europa ausschließt, allen Ländern Schutz vor Aggressionsakten gewährt und zum Wohle und Gedeihen jedes Volkes beiträgt.

Diese Prinzipien verleihen der Bewegung für europäische Sicherheit und der gesamteuropäischen Beratung selbst einen zutiefst demokratischen Charakter. Sie entsprechen den grundlegenden Beschlüssen der Vereinten Nationen und bilden ein konstruktives Programm für die europäische Sicherheitskonferenz, die noch im Jahre 1972 einberufen werden sollte.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR unterstreichen, daß der nächste wichtige Schritt auf dem Wege zur europäischen Sicherheitskonferenz der möglichst baldige Beginn der multilateralen Konsultationen in Helsinki sein muß. Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt uneingeschränkt den Vorschlag der Regierung der Republik Finnland über die Durchführung multilateraler Konsultationen in Helsinki und ist bereit, ihre Vertreter unverzüglich nach Helsinki zu entsenden, um sich über die Fragen der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz zu verständigen.

Mit dem gebotenen Ernst haben die Teilnehmer der Prager Tagung festgestellt, daß weitere Fortschritte im Kampf um Frieden und internationale Sicherheit nur möglich sind, wenn die Gegner der internationalen Entspannung und die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus entschieden bekämpft und weiter zurückgedrängt werden. Dazu sind die erhöhte Wachsamkeit gegen alle abenteuerlichen und aggressiven Umtriebe des Imperialismus, das gemeinsame Handeln aller friedliebenden Kräfte und insbesondere die weitere Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft notwendig.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR unterstützen uneingeschränkt die entschiedene Verurteilung der fortgesetzten USA-Aggression in Indochina, wie sie in der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zum Ausdruck gebracht wird, und bekräftigen die brüderliche und aktive Solidarität des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik mit dem gerechten Kampf der Völker Indochinas für Unabhängigkeit und Freiheit.

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages war ein neuer, überzeugender Beweis für die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft und für ihre